Demokratische Governance durch Technology Foresight?

Susanne Giesecke, Claus Seibt

Die vielfach konstatierte Krise der politischen Steuerung wird begleitet von steigender Komplexität und Fragmentierung, einer weitgestreuten Diffusion von Macht und Ressourcen sowie der abnehmenden Legitimität politischer Institutionen. Gleichzeitig werden neue Formen politischer Steuerung sichtbar, vielfach beschrieben mit dem Begriff „Governance". Die hohe Innovations-geschwindigkeit, die Beschleunigung in allen gesellschaftlichen Teilbereichen führt zu der paradoxen Situation, dass einerseits immer weniger Interesse an demokratischer Teilhabe sichtbar wird. Gleich-zeitig versuchen Politik und öffentliche Verwaltung verstärkt Interesse an Partizipation zu wecken.

Eines der TA Verfahren, welches gegenwärtig häufig verwendet wird, um gesellschaftliche Gruppen am Prozess der Technikbewertung zu beteiligen, ist die Technologievorausschau. Technology Foresight der neueren Generation ist darauf aus ein breites Spektrum gesellschaftlicher Akteure
zu beteiligen, nicht nur um alternative Rationalitäten, Interessen und Werte sichtbar zu machen, sondern auch mit der Erwartung mit den Akteuren mögliche Zukünfte zu besprechen und gemeinsam für alle Beteiligten wünschbare Zukünfte zu entwerfen. Der Zweck ist gemeinsames Handeln mit Blick auf die Zukunft zu orientieren und die Ergebnisse aus den Prozessen für politisches Agenda Setting und Strategiebildung zu nutzen.

Technology Foresight Prozesse als zukunftsgerichtete partizipative TA Ansätze werden in der Europäischen Kommission inzwischen schon nahezu inflationär in Konsultationsprozessen eingesetzt. Technology Foresight wird dabei längst nicht mehr nur zur FTI-politischen Prioritätensetzung verwendet. Die Zukunft des Verkehrs-, die Zukunft der Energie, die Zukunft einer wissensbasierten Bioökonomie (KBBE), all jene Systeme, für die in den kommenden Jahren ein umfassender Wandel aufgrund von klima-, umwelt-, wirtschaftspolitischer Zielsetzungen intendiert ist, werden immer wieder zum Gegenstand der Zukunftsdialoge. Allein für den Verkehrsbereich können auf europa-politischer Ebene für die letzten drei Jahre rund 7 Foresight Prozesse gezählt werden. Für den Energiesektor und die wissensbasierte Bioökonomie gilt ähnliches.

Wie in jeder Netzwerk-Governance, die in den politischen Konsultations- und Entscheidungs-findungsprozess eingebunden ist, stellt sich die Frage nach Legitimität und Legitimierung. Aspekte wie Inklusion/Exklusion, Transparenz, Verantwortlichkeit, Repräsentativität der Beteiligten, Akzeptanz etc. sind in den meisten Foresight Prozessen nach wie vor unscharf und

unterliegen
einer gewissen Willkür. Foresight ist selten in den parlamentarischen Prozess eingebunden, sondern eher ein Instrument von Fachpolitik und öffentlicher Verwaltung. Wie jede Netzwerk-Governance operieren letztlich auch Foresight-Prozesse im Schatten der Hierarchie.

Um sich dem Thema der Legitimität von Foresight als Instrument zur Vorbereitung politischer Entscheidungsfindung, in Konsultationsprozesse auf dem Weg zum politischen Agenda Setting, anzunähern, müssen mehrere Ebenen unterschieden werden. Aus demokratietheoretischer Sicht erscheinen die Konzepte von Repräsentativität, Formalisierung und Verbindlichkeit geeignet zur Unterscheidung. Entsprechend wird im Beitrag diskutiert,

1. ob bzw. wie repräsentativ ein Foresight und seine AkteurInnen für die Gesellschaft sein können, also wie weit überhaupt Partizipation stattfinden kann;
2. inwieweit das formalisierte Prozedere zur Legitimität von Foresight beitragen kann;
3. ob Ergebnisse aus Foresight Porzessen konsensual formuliert werden müssen bzw. welche Relevanz sie als Konsultationsprozessen für die weitere Politikgestaltung haben.

Bezug genommen wird in diesem Beitrag auf empirische Fallstudien und auf demokratietheoretische Ansätze. Der Beitrag plädiert dafür, die o.g. demokratietheoretischen Kategorien zu erweitern, um den Stellenwert von Partizipation im TA-Verfahren Technology Foresight zu unterstreichen.